



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Windkraft im Chemiedreieck ausbauen – Perspektiven und Wettbewerbsvorteile für Wacker Chemie und chemische Industriebetriebe sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Chemieproduktion im Bayerischen Chemiedreieck und insbesondere am Standort Burghausen des Wacker-Konzerns.

Der Landtag erkennt an, dass das Chemiedreieck und Wacker Chemie von entscheidender Bedeutung für die Wertschöpfung, den Wohlstand und die Zukunftsperspektiven nicht nur der Region, sondern des ganzen Freistaates Bayern sind.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass Wacker Chemie eine Führungsrolle für eine klimaneutrale Chemieproduktion in Deutschland und Bayern übernehmen will und sieht darin eine enorme Chance für eine zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Chemieproduktion in Bayern und Deutschland.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um Wacker Chemie und den anderen Betrieben der Chemieindustrie im Chemiedreieck eine sichere, klimafreundliche und zukunftsfähige Energieversorgung zu ermöglichen.

Dazu gehören insbesondere:

- ein klares und unzweifelhaftes Bekenntnis der Staatsregierung zur Windkraft im Freistaat Bayern und ihrem beschleunigten Ausbau sowie
- eine öffentliche Aufklärungskampagne pro Windkraft, die umgehend von der Staatsregierung auf den Weg gebracht werden muss.

Dazu zählt außerdem die Etablierung eines Bürger-Dialogs für einen Windpark zur Versorgung von Wacker Chemie mit bezahlbarem Strom im Landkreis Altötting mit dem Ziel, die Zustimmung zum Bau von Windkraftanlagen zu fördern.

Der Landtag stellt fest, dass dieses Projekt in der besonderen Verantwortung der gesamten Staatsregierung, vor allem aber des Ministerpräsidenten und des zuständigen Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, liegt.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag schnellstmöglich einen konkreten Plan zum schnellen Ausbau der Windkraft in Bayern vorzulegen und parallel zu den Vorhaben des Bundes ein Konzept für die finanzielle Beteiligung von Kommunen an Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet zu entwickeln.

Begründung:

Der Standort Burghausen von Wacker Chemie ist mit 8 000 Beschäftigten, 2.6 km² Fläche und insgesamt 150 Produktionsbetrieben nach eigenen Aussagen von Wacker der größte Produktionsstandort und das „Herz des Wacker Konzerns“. Seit 1954 erforscht Wacker Polysilicium, das der Schlüsselrohstoff für die Energiewende und die Digitalisierung ist. Wacker ist bei der Herstellung von Polysilicium führend auf der Welt. Der Konzern stellt heute mit 3 500 Beschäftigten 80 000 t Polysilicium pro Jahr her.

Der Konzern hat sich entschlossen, so schnell wie möglich klimaneutral zu werden und die Produktion so für die Zukunft in Deutschland und Bayern zu sichern. Voraussetzung ist allerdings eine gute und sichere Versorgung mit klimafreundlicher Energie und sauberem Strom. Dafür soll ein Windpark mit 40 Windkraftanlagen entstehen. Dieses Projekt wurde und wird von der gesamten Politik als Vorbild für die Energiewende und zukunftsgerichtete Energiepolitik angesehen. Auch Vertreter der Staatsregierung von CSU und FREIEN WÄHLERN haben das Vorhaben als vorbildlich gelobt. Es blieb allerdings vor allem bei Bekenntnissen – faktisch wurde vonseiten der Staatsregierung viel zu wenig getan, um die Akzeptanz für dieses wichtige Projekt zu fördern. Das geschah auch vor dem Hintergrund, dass gerade aus der CSU in den letzten Jahren immer wieder die Windkraft als Energieerzeugungsform für Bayern infrage gestellt wurde.

Nach dem Bürgerentscheid in der Gemeinde Mehring gegen Windräder auf dem Gemeindegebiet am 28. Januar 2024 ist es jetzt von entscheidender Bedeutung für die Zukunft von Wacker Chemie und der Polysilicium-Produktion des Wacker-Konzerns am Standort Burghausen, dass vonseiten der Staatsregierung alles getan wird, damit das Windparkprojekt Erfolg hat. Dazu gehört die uneingeschränkte Unterstützung des Wacker-Konzerns bei der Umsetzung des Windkraftprojekts, das Werben für Zustimmung bei der örtlichen Bevölkerung, ein klares Bekenntnis zur Windkraft und eine Aufklärungskampagne pro Windkraft in Bayern. Außerdem müssen jetzt vom zuständigen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ein konkreter Plan für den beschleunigten Ausbau der Windkraft im Freistaat und ein Konzept für die finanzielle Beteiligung von Städten und Gemeinden an Windkraftprojekten auf ihrem Gemeindegebiet entwickelt werden.